

A stylized map of Northern Europe composed of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific countries or regions.

Nordeuropäische Rechtspopulisten im Aufwind

SILKE BREIMAIER

April 2014

- In allen nordischen EU-Ländern wird ein Erfolg der europakritischen und rechtspopulistischen Parteien bei den Europawahlen im Mai erwartet, auch wenn die Wahl bisher auf wenig nationales Interesse stößt.
- Auch wenn sich die Parteien hinsichtlich ihres Ursprungs, ihrer Programmatik und in ihrer Rhetorik unterscheiden, so haben sie doch gemeinsame Kernthemen und sind sich besonders im Hinblick auf die EU auch in ihren Forderungen einig: eine strikte Begrenzung der Einwanderung und weniger Kompetenzen für die EU.
- Die Schwedendemokraten werden den Umfragen zufolge zum ersten Mal ins Europaparlament einziehen, bei der Dänischen Volkspartei konzentriert sich alles auf den Spitzenkandidaten und in Finnland könnten die Basisfinnen wie schon bei der nationalen Wahl 2011 drittstärkste Kraft werden.
- Für die Schwedendemokraten stellt die Frage der Gruppenzugehörigkeit, die richtungsweisend für die Entwicklung der Partei werden könnte. Bisher haben die Schweden keine klare Aussage getroffen, welcher Fraktion sie im Falle eines Parlamentseinzugs angehören wollen.



Inhalt

1. Erfolg der Europakritiker in allen Ländern erwartet	2
2. Schweden: Erstmals Einzug ins Europaparlament	2
3. Dänemark: Charismatischer Spitzenkandidat	3
4. Finnland: Basisfinnen als drittgrößte Kraft?	3
5. Ausblick: Wenig konkreter Einfluss – aber beträchtliche Symbolkraft	4

1. Erfolg der Europakritiker in allen Ländern erwartet

Stieg Larsson sollte Recht behalten. Der schwedische Autor hatte stets vor extremen Strömungen am rechten Rand gewarnt und mit der Gründung der Stiftung EXPO versucht, ein Zeichen zu setzen gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit, mit deren Auswüchsen auch Schweden immer wieder zu kämpfen hat. Der Autor verstarb 2004, sechs Jahre später zogen die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*, SD) mit 5,7 Prozent in den Reichstag ein und 2013 verzeichnet EXPO in seinem Jahresbericht die höchste Anzahl rechtsextremer Aktivitäten in Schweden seit Beginn der Erhebung 2008.¹

Wie in vielen anderen europäischen Ländern, sind auch in den offenen und inklusiven Gesellschaften im Norden rechtspopulistische Parteien kein neues Phänomen. Während die Schwedendemokraten ihren Ursprung in den 1980er-Jahren aus rechtsextremen Bewegungen nahmen, entstanden in Dänemark und Norwegen in den 1970er-Jahren jene inzwischen etablierten Protestparteien, die sich zu Beginn vor allem gegen die hohe Steuerlast in ihren Ländern wandten und mit der Zeit ein rechtspopulistischeres Profil annahmen. In Dänemark prägt die Dänische Volkspartei (*Dansk Folkeparti*, DF) schon seit längerem den innenpolitischen Diskurs über Einwanderung und EU-Kritik. In Schweden haben sich die Schwedendemokraten in den Umfragen bei rund 9 Prozent stabilisiert und die 1995 aus der Finnischen Bauernpartei hervorgegangenen Basisfinnen (*Perussuomalaiset*, PS; oder »The Finns«, wie sie sich seit kurzem international nennen), erlangten 2011 bei den Parlamentswahlen 19,1 Prozent und lagen damit gleichauf mit den Sozialdemokraten. Und auch das Nicht-EU-Land Norwegen fügt sich in dieses Bild: Hier ist die Fortschrittspartei (*Fremskrittspartiet*, FrP) seit den Wahlen im September 2013 sogar Teil der Koalitionsregierung mit den Konservativen.²

1. Für 2013 listete EXPO 2333 Aktivitäten innerhalb des rechtsextremen und rassenideologischen Milieus in Schweden, eine Steigerung um 28 Prozent im Vergleich zu 2012. Dabei handelt es sich vor allem um die zunehmende Verbreitung von Propagandamaterial (EXPO: Intolerans 13, Zusammenfassung abrufbar unter: http://expo.se/2014/rekordhog-aktivitet-i-den-rasideologiska-miljon_6443.html, abgerufen am 8.4.2014).

2. Die FrP erhielt 16,3 Prozent, was weniger Stimmen waren als bei der letzten Parlamentswahl 2009 (22,9 Prozent; Quelle: www.valgresultat.no, abgerufen am 8.4.2014).

Auch wenn sich die Parteien hinsichtlich ihres Ursprungs, ihrer Programmatik und in ihrer Rhetorik unterscheiden, so haben sie doch gemeinsame Kernthemen und sind sich besonders im Hinblick auf die EU auch in ihren Forderungen einig: eine strikte Begrenzung der Einwanderung und weniger Kompetenzen für die EU. All das gewürzt und begründet mit Sozialpopulismus, einer rückwärts gerichteten Nationalromantik und ausgeprägter Elitenkritik.

Dementsprechend wird in allen drei nordischen EU-Ländern mit Spannung und Sorge das Abschneiden der Rechtspopulisten und EU-Kritiker bei den Europawahlen am 25. Mai erwartet.

2. Schweden: Erstmals Einzug ins Europaparlament

Kaum jemand zweifelt daran, dass es die Schwedendemokraten bei dieser Wahl ins Europaparlament (EP) schaffen werden, nachdem sie 2009 mit 3,3 Prozent der Stimmen knapp an der Vier-Prozent-Hürde gescheitert waren.

Abzuwarten bleibt dennoch, wie gut die Partei letztlich abschneiden wird. Bei der Nominierung ihrer Spitzenkandidaten setzten die SD bewusst auf unbekannte Kommunalpolitiker, um ihre Volksverbundenheit zu unterstreichen. In der medialen Debatte tauchen sie bislang jedoch kaum auf, alles konzentriert sich auf den Parteivorsitzenden Jimmie Åkesson.

Offen ist auch, wie sehr es den Schwedendemokraten gelingt, ihre Wählerschaft zu mobilisieren: Fast jeder Dritte Anhänger der SD gab bei einer Sifo-Untersuchung im Januar 2014 an nicht wählen gehen zu wollen. Arbeiter sind dabei am wenigsten daran interessiert zu wählen. Es könnte also durchaus sein, dass die Schwedendemokraten nicht so viele Stimmen bekommen, wie die Umfragen vorhersagen. Eine Novus-Messung Ende Februar sah die Partei bei nationalen Umfragen denn auch nur noch bei 8,7 Prozent (zuvor: 11 Prozent).³

Auch die Schwedendemokraten selbst scheinen – wie die schwedischen Parteien allgemein – wenig Energie und Ressourcen auf die Europawahl zu legen: bei ihrer

3. <http://www.novus.se/vaeljaropinionen/tv4novus-vaeljarbarometer/2014/tv4novus-vaeljarbarometer-februari-sverigedemokraterna-minskar.aspx> (abgerufen am 8.4.2014).



Wahlkonferenz Mitte März standen bereits die Reichstagswahlen im September im Fokus. Man möchte sich auf folgende Themen konzentrieren: Beschränkung der Einwanderung, bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für Rentner, härteres Durchgreifen gegen Kriminelle und Verbessern der Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegesektor. Letzteres stellt eine neue Priorisierung dar, womit SD versuchen, die Partei für Frauen attraktiver zu machen, die überproportional in diesen Sektoren beschäftigt sind.

Hier zeigt sich das Bemühen der Partei, bei allen Parteien so viele Wählerstimmen wie möglich abzuschöpfen, um sich ihre Rolle als »Zünglein an der Waage« im Parlament zu erhalten und darüber Einfluss auf die nationale Politik nehmen zu können – denn eine formale Koalition mit den Rechtspopulisten schließen die anderen Parteien kategorisch aus.

Eine EU-Wahlplattform haben die Schwedendemokraten ebenfalls bereits veröffentlicht: Knackig und übersichtlich wird in sechs kurzen Kapiteln die EU mit Schlagworten und Forderungen abgehandelt. Die Argumentation folgt dabei stets dem gleichen Muster: Die Grundidee der europäischen Zusammenarbeit sei gut, doch alles nehme völlig falsche Züge an – und dann wird auf die nationale Selbstbestimmung rekurriert.

3. Dänemark: Charismatischer Spitzenkandidat

Die Dänische Volkspartei konnte 2009 zwei Mandate im EP erlangen und ist dort Teil der damals neu gegründeten Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) unter Nigel Farage von der britischen United Kingdom Independence Party (UKIP). Anna Rosbach hat die Partei jedoch inzwischen verlassen, so dass mit Morten Messerschmidt nur noch ein Repräsentant der Partei im EP sitzt. Passend dazu findet im aktuellen Wahlkampf eine starke Konzentration auf seine Person statt. Messerschmidt könnte sehr viele Stimmen auf sich vereinen, er ist bekannt und beliebt. Eine Gallup-Umfrage Ende Februar wies für die DF 13 Prozent bei der EU-Wahl aus (gleichauf mit den Sozialdemokraten), was deutlich weniger war als die 21 Prozent auf nationaler Ebene, die Ende Februar ebenfalls erhoben wurden (DF wird hier zweitstärkste Kraft hinter der konservativen Venstre mit 24,7 Prozent, Sozi-

aldemokraten bei 17,6 Prozent).⁴ Gleichzeitig zeigen die Umfragen auch, dass sich 30 Prozent der Wähler noch nicht für eine Partei entschieden haben, es wird erwartet, dass die Debatte erst Anfang Mai richtig in Gang kommt.

Messerschmidt hat angekündigt, mit »DF Classics« wie er selbst sagt, Wahlkampf zu machen: Insbesondere die Diskussion über vermeintlichen »Wohlfahrtstourismus« aus anderen EU-Ländern ist ein in Dänemark sehr präsent Thema.⁵ Bei der Frage der Wiedereinführung von Grenzkontrollen konnte man in den letzten Jahren beobachten, wie es der Dänischen Volkspartei gelang, die nationale Politik zu beeinflussen, als sie 2011 eben jene durchsetzten. Das Motto in EU-Fragen kann mit »Dänemark und Flexibilität« zusammengefasst werden – die Partei möchte, dass Dänemark seine *opt-out*-Möglichkeiten weiterhin behält bzw. erweitert. Weitere wichtige Punkte für die Dänische Volkspartei sind die Reduzierung des EU-Budgets auf reine Verwaltungskosten und das klare Nein zum EU-Beitritt der Türkei.

All dies findet sich auch knapp zusammengefasst auf der Europawebseite der DF, deren Banner ein Portrait von Messerschmidt ziert, mit der Überschrift »Mehr Dänemark, weniger EU – es ist möglich«. Zehn Forderungen werden vorgestellt, ein offizielles Wahlprogramm gibt es hingegen (noch) nicht.

4. Finnland: Basisfinnen als drittgrößte Kraft?

Es war ein Schock für die finnische Politik und ein deutliches Signal für Europa: Bei den letzten Parlamentswahlen 2011 erreichten die Basisfinnen 19,1 Prozent der Stimmen, ein Zugewinn von 15 Prozent im Vergleich zu 2007. Die Partei präsentierte sich als lautstarke Kritikerin der europäischen Rettungspolitik, die zum Wahlkampfthema Nummer eins avancierte. Der Erfolg der Basisfinnen konnte dementsprechend mit einer Kombination aus Euroskeptizismus, der Popularität des Parteivorsitzenden Timo Soini, aber vor allem einem Protest gegen den herrschenden Pro-EU-Konsens der anderen Parteien erklärt werden.⁶

4. <http://www.megafon.dk/362/seneste-politiske-indeks-fra-megafon> (abgerufen am 8.4.2014).

5. <http://politiken.dk/indland/politik/ECE1996559/morten-messerschmidt-vil-blive-i-eu/> (abgerufen am 8.4.2014).

6. Vergleiche auch: <http://library.fes.de/pdf-files/id/08084.pdf> (abgerufen am 8.4.2014).

Auch aktuell sind die Basisfinnen stets die lauteste Partei in Europafragen, getragen von Soini, der selbst einmal Europaabgeordneter war. 2009 gelang den Basisfinnen der Einzug ins EP mit 9,8 Prozent der Stimmen und einem Mandat. Im EP sitzen die Basisfinnen in der EFD-Fraktion, deren Vorsitzender Nigel Farage die Basisfinnen als Vorbild nennt, wenn es darum gehe, in der Tagespolitik eine klare Message zu transportieren, die die Menschen verstehen. Bei einer Umfrage Ende März kam die Partei auf 17,8 Prozent der Stimmen, was drei Mandate bedeuten würde. Sie wäre damit drittgrößte Kraft noch vor den Sozialdemokraten mit 16,3 Prozent.⁷

Im Februar wählten die Basisfinnen den ehemaligen Vertrauensmann in einer Papierfabrik Jari Lindström zum Fraktionsvorsitzenden, was als Signal gewertet wurde, die entsprechende Wählerklientel anzulocken und auch Nichtwähler zu mobilisieren. Die Partei hat eine starke Stellung in Lindströms Wahlbezirk, einer einstigen Hochburg der Sozialdemokraten.

Allerdings muss auch gesagt werden, dass von Europawahlkampf in Finnland noch nicht allzu viel zu spüren ist, zu sehr beschäftigen die Krim-Krise und nationale Themen die finnische Öffentlichkeit. Ein Führungsstreit innerhalb der Sozialdemokraten sowie die Ankündigung von Ministerpräsident Jyrki Katainen, sein Amt im Sommer abzugeben und auch nicht mehr als Parteivorsitzender der Sammlungspartei (*Kokoomus*) zu kandidieren, lassen die Finnen mehr über Posten als über Inhalte diskutieren.

Im Unterschied zu vielen anderen rechtspopulistischen Parteien sind zwar viele Mitglieder der Basisfinnen einwanderungsfeindlich und äußern sich auch dementsprechend, für die Partei spielt das Thema allerdings eine weniger zentrale Rolle. Dies wirft für einige Kommentatoren die Frage auf, ob die Partei überhaupt als rechtspopulistisch zu bezeichnen ist.⁸ So verfolgt die Partei in sozioökonomischen Fragen eine eher linksorientierte Politik und unterstützt ausdrücklich das finnische Wohlfahrtsmodell – allerdings mit einer wohlfahrtschauvinistischen Sichtweise: Leistungen des Sozialstaats sollen in erster Linie der einheimischen Bevölkerung zugutekommen. In soziokulturellen Fragen teilen die Basisfinnen

denn auch das traditionalistisch konservative Bild der europäischen Rechtspopulisten, auch wenn es der Partei wichtig ist, sich von Kräften mit einer extremeren Vergangenheit wie den Schwedendemokraten abzugrenzen.

5. Ausblick: Wenig konkreter Einfluss – aber beträchtliche Symbolkraft

Mit Blick auf die EP-Wahl stellt sich insbesondere für die Schwedendemokraten die Frage der Gruppenzugehörigkeit. Bisher hat die Partei keine klare Aussage getroffen, welcher Fraktion sie im Falle eines Parlamentseinzugs angehören will. Interessant ist hierbei die Begründung, die Jimmie Åkesson in einem Zeitungsinterview lieferte: Man wisse nicht, wo man willkommen sei.⁹

Im vergangenen Winter empfingen die Schweden Marine Le Pen vom französischen Front National (FN), die über ihre gemeinsamen Pläne mit dem Niederländer Geert Wilders (*Partij voor de Vrijheid*, PVV) für eine breite Allianz der Europakritiker im EP berichtete, ohne dass die Schwedendemokraten sich darauf festgelegt hätten. Dennoch sorgte das Treffen für starke Kritik bei der Dänischen Volkspartei, einem der engsten Partner der Schweden, denen der FN zu extremistisch und antisemitisch ist. Auch die britische UKIP hat sich skeptisch bis ablehnend geäußert, die Schwedendemokraten in ihre EFD-Fraktion aufzunehmen. Die Franzosen wiederum hatten die Schwedendemokraten gerade in ihren Anfangszeiten unterstützt – sie wollen die SD nun nicht verprellen.

Momentan gibt es denn auch stärkere Verbindungen zu Europas Allianz der Freiheit (EAF), die im EP unter anderem den Front National, Wilders' PVV und die österreichische FPÖ vereint. Mit im Vorstand sitzt auch Kent Ekeröth von den Schwedendemokraten als Schatzmeister, ohne jedoch ein EP-Mandat zu haben. Zudem setzten die Jugendverbände von SD, FPÖ, FN und dem belgischen Vlaams Belang ein Zeichen und verkündeten Anfang April die Gründung ihrer europäischen Jugendorganisation Young European Alliance for Hope (YEAH) und einigten sich auf ein EU-kritisches Zehn-Punkte-Programm unter dem Titel »The Europe of

7. <http://svenska.yle.fi/artikel/2014/03/20/karvt-grona-sfp-och-kd-i-eu-valet> (abgerufen am 8.4.2014).

8. Vgl. hierzu Cas Mudde: <http://www.bpb.de/apuz/180366/rechts-aussen-die-grosse-rezession-und-die-europawahlen-2014?p=all> (abgerufen am 8.4.2014).

9. <http://www.di.se/artiklar/2014/3/10/soker-extremt-samarbete-i-eu/> (abgerufen am 8.4.2014).



Nations«, in dem sie unter anderem die »Renaissance der Nationalstaaten« fordern.¹⁰

Für die Schwedendemokraten könnte sich die Fraktionszugehörigkeit zu einer Richtungsfrage entwickeln, sofern ihnen überhaupt eine Wahl bleibt. Wird die Partei Teil der EAF wird sie das für gemäßigtere Kräfte womöglich auf lange Zeit diskreditieren – und Jimmie Åkesson zuhause in Erklärungsnot bringen, der stets darauf bedacht war, die Partei und ihre Mitglieder als salonfähige Wertkonservative zu präsentieren und eine harte Linie gegen Querulanten in den eigenen Reihen verfolgt.

Bei allen wichtigen Unterschieden und Ressentiments untereinander, sind sich die Parteien doch hinsichtlich ihres populistischen politischen Stils einig: Es werden vermeintlich einfache Lösungen und Alternativen für gesellschaftliche Probleme formuliert. Gerade im europäischen Norden, mit seinen hochgelobten universalistischen Wohlfahrtsstaatsmodellen, stellt die wohlfahrtschauvinistische Rhetorik der Rechtspopulisten für die anderen

Parteien eine besondere Herausforderung dar.

Rechtspopulistische Parteien werden nach der Europawahl nicht die Mehrheit im Parlament stellen und ihr konkreter Einfluss wird begrenzt bleiben. Auch kann ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit und Einigkeit berechtigt in Zweifel gezogen werden, wie sich bereits in der Diskussion um die Gruppenzugehörigkeit zeigt.¹¹ Doch selbst wenn der Erfolg bei der EP-Wahl nicht so groß ausfällt wie mancherorts vielleicht befürchtet, bleibt die Frage, wie stark den Parteien schon allein durch die derzeitige mediale Aufmerksamkeit gedient ist – und wichtiger noch, ob und in welchem Ausmaß es ihnen gelingt, den nationalen politischen Diskurs zu verändern und mitzubestimmen. Veränderungen der Rhetorik, wie sie in der Diskussion um »Armutszuwanderung« bereits zu beobachten waren, und die symbolische Wirkung, wenn verstärkt europafeindliche Kräfte in Europas demokratischster Institution repräsentiert sind, bleiben eine Herausforderung für alle offenen Demokratien Europas.

10. http://yeahmovement.eu/?page_id=900 (abgerufen am 8.4.2014).

11. Beispielhaft hierfür auch die 2009 neu gegründeten Fraktion »Identität, Tradition und Souveränität«, die aufgrund von internen Streitigkeiten bereits nach einigen Monaten auseinanderbrach.



Über die Autorin

Silke Breimaier M.A. ist Mitarbeiterin im Nordischen Büro der Friedrich Ebert Stiftung in Stockholm.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa / Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Diese Publikation ist im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm entstanden.

Das FES-Büro in Stockholm (www.fesnord.org)

Das Nordische Büro ist Teil des internationalen Netzwerks der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und umfasst die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

Das Büro mit Sitz in Stockholm wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die deutsch-nordische Zusammenarbeit zu fördern. Mit Seminaren und Publikationen trägt das Büro zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Entscheidungsträger/innen und der Zivilgesellschaft in den Nordischen Ländern und Deutschland bei.

Die Arbeit der FES in den Nordischen Ländern konzentriert sich insbesondere auf den Ideen- und Erfahrungsaustausch zu gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Außenpolitik, wie beispielsweise:

- Erfahrungen aus Wohlfahrtsstaats- und Sozialreformen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit, partizipatorische Demokratie und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors;
- Erfahrungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Integration und Ostseekooperation;
- Erfahrungen auf dem Gebiet Integration- und Migrationspolitik.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.